

# Volkswacht

für Schlesien und „Elegischer Volkszeitung“.

## Organ für die werktätige Bevölkerung.

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Expedition: Neue Grapenstraße 5 und durch Ausdrucker an Bestellen. Preis pro Woche 80 Pfg. für 3 Monate 2.50 Pfg. Die Post bezogen 4.75 frei ins Haus 4.17 wo keine Post am Orte 4.50

Abbestellen und Bestellen für die einjährige Kolonialzeitung oder deren Raum für Breslau und Schlesien 15 Pfg., außerhalb 18 Pfg. Doppelhefte unter Wert 1.20 Pfg. Arbeitsmarkt, Wohnungs-, Vereins- u. Veranlassungs-Anzeigen 20 Pfg. Familien-Nachrichten 25 Pfg. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 8 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 1206. Bohlen-Road Breslau Nr. 5552.

Fernsprecher: Redaktion Nr. 814. Bohlen-Road Breslau Nr. 5552.

Nr. 95.

Breslau, Mittwoch, den 24. April 1918.

29. Jahrgang.

# Beginn der Steuerdebatte.

## Flieger Nichthofen gefallen.

Der erfolgreichste Flieger im deutschen Kriegsheere, dessen Namen nach Voeldes und Jannetmanns Tode am meisten genannt wurde und der kürzlich seinen 79. und 80. Geburtstag feierte, ist am 21. April gefallen. Er galt zuerst als gefangen, später stellte sich aber sein Tod heraus. Es liegen darüber folgende Meldungen vor:

### Die deutsche Mitteilung.

Berlin, 23. April. Amtlich. Am 21. April ist Rittermeister Manfred Freiherr von Nichthofen von einem Jagdflug an der Somme nicht zurückgekehrt. Nach den übereinstimmenden Wahrnehmungen seiner Begleiter und verschiedener Beobachter ließ Nichthofen einem feindlichen Jagdflugzeug in der Verfolgung bis in geringe Höhen nach, als ihn anscheinend eine Motorstörung zur Landung hinter den feindlichen Linien zwang. Da die Landung glatt verlief, bestand die Hoffnung, daß Nichthofen unverletzt gefangen sei. Eine Reutermeldung vom 23. April aber läßt keinen Zweifel mehr, daß Rittermeister Freiherr v. Nichthofen den Tod gefunden hat. Da Nichthofen als Verfolger von seinem Gegner in der Luft nicht gut getroffen sein kann, so scheint er einem Zufallsstreser von der Erde zum Opfer gefallen zu sein. Nach der englischen Meldung ist Nichthofen auf einem Kirchhof in der Nähe seines Landungsplatzes am 22. April unter militärischen Ehren beigesetzt worden.

### Die englische Mitteilung.

Amsterdam, 23. April. Der Korrespondent des „Daily Chronicle“ bei der englischen Armee in Frankreich teilt mit, daß das Geschwader des Rittermeisters v. Nichthofen, das ungefähr aus 30 Flugzeugen bestand, am Sonntag die englischen Linien an der Somme überflogen hat. Nachdem Nichthofen dort mit seinem Jagdgeschwader ein paar englische Flugzeuge vertreiben hatte, schwenkte er mit seiner Abteilung in nördlicher Richtung ab. In kurzer Zeit waren ungefähr 50 Flugzeuge miteinander in ein Gefecht verwickelt, an dem sich Flugzeuge beteiligten, die aus meilenweiter Entfernung herbeigezogen waren. Es war ein erbitterter Kampf, bei dem es unmöglich war, Freund und Feind zu unterscheiden. Schließlich sah man Nichthofens Maschine aus einer Höhe von ungefähr 150 Fuß in die Tiefe stürzen. Als später seine Leiche gefunden wurde, stellte es sich heraus, daß er einen Schuß in die Seite, dicht neben dem Herzen, davongetragen hatte.

Berlin, 23. April. Neuter meldet: Marshall Halg meldet, daß am 21. April elf deutsche Flieger im Luftkampf heruntergeschossen wurden. Es stellte sich heraus, daß einer der heruntergeschossenen Flieger der Rittermeister Freiherr von Nichthofen war, der nach seinen Angaben über 80 alliierte Flieger heruntergeschossen hat. Seine Leiche wurde gestern mit hohen militärischen Ehren beigesetzt. Die Beisetzung des Freiherrn von Nichthofen am gestrigen Nachmittag gestaltete sich zu einer imposanten Feier. Der gefallene Flieger wurde auf einem freundlichen kleinen Friedhofe beigesetzt, nicht weit von dem Orte, von wo er heruntergeschossen wurde. Eine Abteilung des königlichen Fliegerkorps war bei der Beisetzungsfeier zugegen.

Nichthofen, der als Sohn der bekannten schlesischen Freiherrnfamilie in Schweidnitz geboren war, hat nur ein Alter von 23 Jahren erreicht. Ihn ereilte das Schicksal, das er 80 Gegnern bereitetete. Und trotzdem war schon so viel über die moralische Schlachtfeld der Engländer gehört und gelesen haben, benahmten sich diese ritterlich, nicht nur gegen den Toten, sondern auch gegen dessen Angehörige, indem sie von seinem Schicksal den Deutschen bald mitteilten. Der „Fatz“ ist also auch hier nirgends größer als in den Schreibstuden patriotischer Blätter und nirgends geringer als auf dem Schlachtfeld selbst, wo die blutigen Wunden fallen.

## Ungarns Friedenswunsch.

### Dem Bündnisse trennen.

Budapest, 23. April. Im Abgeordnetenhaus erklärte Graf Czaky:

Trotzdem die heutigen Verhältnisse des Abgeordnetenhauses infolge des Fehlens einer parlamentarischen Regierung außergewöhnlich seien, gebe es doch ein Moment, an dem nicht ohne Bemerkung vorübergegangen werden könne. Es sei dies der in der Zeitung des Ministeriums des Neuherrn eingetretene Wechsel. Er halte es für notwendig, dem zurückgetretenen Minister des Neuherrn die volle Anerkennung auszusprechen, welche seine Tätigkeit im vollen Maße verdient habe. Er sei überzeugt, daß das ungarische Parlament in dieser Beziehung eines Sinnes sei. Der Redner drückte sodann die Überzeugung aus, daß der Wechsel seinerzeitiger Regierung in der äußeren Politik Österreich-Ungarns bedeute. Eine Gewähr hierfür sei die Person des neuen Ministers des Neuherrn, der sicherlich die erste Gelegenheit sei auch eine Bürgschaft für das unerschütterliche Festhalten an den Wünschen, insbesondere mit Deutschland, an dem Österreich-Ungarn festhalten müsse nicht bloß bis zur siegreichen Beendigung des Krieges, sondern auch darüber hinaus als einen Eckstein unserer zukünftigen auswärtigen Politik.

### Ministerpräsident Bekerec erklärte:

Die Ausführungen des Vorredners in Verbindung mit dem Wechsel der Person des Ministers des Neuherrn bedürfen teilweise der Ergänzung. Es ist bekannt, daß unser König seit seiner Thronbesteigung stets bestrebt war, Frieden und War allgemeine Zustände zu bringen. (Ehrenrufe.) Er ließ jede Gelegenheit aufmerksam verfolgen und veräumte keinen einzigen Anlaß, der als Ausgangspunkt hätte dienen können, um diesen Zweck zu erreichen. In diesem Bestreben leitete ihn stets der Einklang mit den Bundesgenossen und insbesondere mit dem Deutschen Reich. Es sind verschiedene Versuche erfolgt, um diesen Einklang zu stören.

Man bemüht sich auch ein Schreiben des Königs, indem man es in einem falschen Licht erscheinen ließ, um diese Einklang zu vereiteln oder zu erschweren. Ich hätte persönlich durch Einblick in dieses Schreiben Gelegenheit, mich davon zu überzeugen, daß dieses Schreiben nichts enthält, außer Friedensbestrebungen, die im Einklang mit dem Deutschen Reich erfolgt sind, daß darin gegen das Bündnis nicht die geringste Unbill vorgekommen ist und daß der von dem Minister des Neuherrn revidierte Text der wirkliche Text ist. Zudem ich das dem geehrten Hause zur Kenntnis bringe, gebe ich auch der Überzeugung Ausdruck, daß bezüglich der Richtung unserer auswärtigen Politik gar keine Veränderung eingetreten ist und eintreten kann. Die Ursache des Rücktritts des Herrn Ministers des Neuherrn ist, daß er seit längerem der Ansicht war, daß es das volle Vertrauen des Königs nicht in dem Maße bestünde, wie er es zur Verwirklichung seiner großen Aufgaben für notwendig erachtete. Das beweist keineswegs eine Veränderung in unserer auswärtigen Politik und wir werden in hohem Einklang mit unseren Bundesgenossen, insbesondere aber mit dem Deutschen Reich vorgehen. Eine Gewähr für diese Richtung liegt darin, daß außer den Gefühlen und Bestrebungen des Herrschers dies auch in der ungeänderten Überzeugung der Völker und insbesondere ganz Ungarns wurzelt. (Sechshundert Beifall.)

Das Haus beschließt sodann die nächste Sitzung morgen abzuhalten.

## Die Wahlen in Dänemark.

Kopenhagen, 23. April. Nach den Neuwahlen hat der Folketing folgende Zusammensetzung: 71 Anhänger des jetzigen Ministeriums (22 Radikale und 49 Sozialdemokraten), 68 Gegner des Ministeriums, darunter 22 Konservative und 46 Anhänger der Linken. Das Ergebnis von den Farver Inseln ist noch unbekannt.

## Der erste Tag.

Um elf Steuervorlagen der Regierung entbrannte gestern Dienstag im Reichstage die Redeschlacht, an der sich der Reichsfinanzsekretär als erster und drei Redner aus dem Hause beteiligten. Genosse Keil von der Linken, Graf Poljadowitz von der Rechten und Dr. Mayer aus der Mitte. Dabei bemerkenswert ist, daß der Zentrumredner wie unser Genosse dem Verlangen nach einer Erbschaftsteuer und einer Kriegsgewinnsteuer Ausdruck gab, während der Sozialdemokrat ein ganzes Programm von Besitzsteuern entwarf.

Es wird wohl kein Parlament geben, das an die Beratung neuer Steuern mit freudigen Gefühlen herangeht, und besonders bei dieser ungeheuren Forderung nach einem Steuerbetrag von drei Milliarden Mark im Jahre hat ja jeden, auch wenn er sich bisher davon peinlich ferngehalten hat, eine Ahnung davon beschließen, was so ein Krieg für die beteiligten Völker bedeutet — ganz abgesehen von den ungeheuren Menschenopfern, die er schon während seiner Dauer erfordert.

So unterschied sich denn auch die einleitende Rede des Reichsfinanzsekretärs Grafen Koedern im Ton natürlich sehr von den Worten, mit denen er sonst Kriegskreditvorlagen begründete. Hervorzuheben ist aus ihr die Ankündigung, daß das Programm des Reiches auf dem Gebiete der direkten Steuern noch nicht erschöpft ist, auch eine Reichserbschaftsteuer wurde angekündigt. Aber solange eben das althergebrachte System besteht: die direkten Steuern den Einzelstaaten, die indirekten dem Reich — solange wird bei jeder neuen Steuerreform dieser Zwiespalt neu erweckt, der noch verschärft wurde dadurch, daß das Reich, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, schon beim Wehrbeitrag und dann bei der Kriegsteuer kräftig auf dem Gebiete der direkten Besteuerung vorgehen mußte.

Für das Zentrum sprach, wie erwähnt Dr. Mayer, im großen und ganzen zustimmend. Er wünscht verschiedene Erleichterungen für den „kleinen Mann“ in der Stadt und auf dem Lande. In umfassender Betrachtung unterwarf Genosse Keil den ganzen Steuerplan einer scharfen Kritik. Selbstverständlich befreit die Sozialdemokratie nicht die Notwendigkeit der Deckung des Bedarfs, im Gegenteil, sie lehnt alle Verzinsungen auf Kriegsschuldensicherung ab, aber sie wünscht statt eines Rückwärts, das immer neue Teilreformen nach sich ziehen muß, einen organischen Neubau des gesamten Steuersystems im Reich und in den Bundesstaaten, der drückende Verkehrs- und Lastenverbrauchssteuern zu vermeiden gestattet würde. Keil machte wichtige Vorschläge für Besteuerung der Dividenden, der Aufsichtsräte, der große Verdienste abtreibenden Landwirtschaft.

Genosse Keil konnte auch darauf verweisen, daß man in England eine Einkommensteuer bis zu 30 Prozent bei mehr als 10 000 Mark Einkommen erhebt und daß dort die Kriegsteuern schon über 22 Milliarden betragen, die man ohne nehmlich vom Besitz und vom Luxus erhebt.

Im großen und ganzen stimmte Graf Poljadowitz namens der Deutschen Fraktion den Steuervorlagen zu. Am Mittwoch wird die Beratung fortgesetzt und es werden dann die Vertreter der übrigen Parteien zum Worte kommen.

## Aufruf!

„Der Volksbund für Freiheit und Vaterland ruft alle Männer und Frauen Preußens wie im ganzen Deutschen Reich auf zu tatkräftiger Arbeit für das gleiche Wahlrecht in Preußen. In den Monaten, da unsere Väter und Söhne in einem Ringen ohne Gleichen die Unantastbarkeit des Reiches nach außen erpöntlich sichern, ist es unabweisbare Pflicht des Heimatweibes, ihnen das Haus im Innern wohllich zu bereiten.“

Die erneute Ablehnung des gleichen Wahlrechtes für Preußen im Verfassungsausschuß des Abgeordnetenhauses muß in weitesten Kreisen tiefe Erbitterung hervorrufen in einem Augenblick, da unsere äußere Lage die Einigkeit der inneren Front gebietet — sich verlangt.

Eine Ablehnung des gleichen Wahlrechtes in Preußen bietet unseren Feinden einen neuen Vorwand, um ihre Völker zum sinnlosen Kampf gegen Deutschland auszufahren. Wer für das gleiche Wahlrecht streitet, unterstützt unsere Heere und ihre Führer in der schweren Niederdrückung der feindlichen Truppen und Völker, führt uns einem Frieden näher, der einen gesicherten Bestand des Deutschen Reiches verbürgt.

Der Volksbund für Freiheit und Vaterland richtet die dringende Bitte an die Regierung, vor keinem Mittel zur Durchsetzung des gleichen Wahlrechtes zurückzukehren, und erklärt, daß er im Kampfe für das gleiche Wahlrecht mit aller Kraft und Entschlossenheit neben der Regierung stehen wird.“

Berlin W. 82, Kleiststraße 26.

## Der Vorstand des Volksbundes für Freiheit und Vaterland.

### Wahlrechts-Streit.

Budapest, 23. April. Die Budapestler organisierte Arbeiterchaft veranstaltete nachmittags einen dreistündigen Demonstrationstreit zu Gunsten des allgemeinen Wahlrechts. Am Stadtwaldchen fand eine Arbeiterversammlung statt. Ungefähr 10 000 Arbeiter zogen ins Stadtwaldchen. Die Parteiführer hielten Reden. Die Versammlung nahm eine Resolution an, in der das allgemeine Wahlrecht gefordert wird. Der Zweck des Streits ist, darzutun, daß jede konservative Richtung der ungarischen Politik mit dem mächtigen Widerstande der organisierten Arbeiterchaft zu rechnen hat. Das ganze Straßenbild der Hauptstadt hatte einen außergewöhnlichen Eindruck, da auch die Straßenbahnen stillstanden und die Kaffeehäuser gesperrt waren. Der Streit ist ohne Störung verlaufen.

### Offensive gegen Italien?

Berlin, 24. April. „Echo de Paris“ berichtet aus Rom, man habe im Trentino große Truppenverschiebungen beobachtet. Das Vordringen einer gewaltigen österreichischen Offensive müsse täglich erwartet werden, wenn nicht in den Bergen ein Abwehrschiff eintritt.

### Geheimtreffen in der Nordsee.

Berlin, 23. April. Amtlich. Eine unserer Nachrichten vom 22. April nachmittags im Abendlicht der deutschen Küste nördlich von Zerkowitz auf leichte See nahe Streitkräften, die nach kurzem Feuergefecht mit höchster Geschwindigkeit nach Norden abwichen. Diese Streitkräfte haben keine Aufschlagspunkte an Lande. Die Besatzung des Admiralschiffes der Marine.

Berlin, 23. April. Daily Chronicle berichtet, daß englische Streitkräfte am 16. April im Rattjeck eine heftige Bombardierung der Trappen besetzt hatten. Das britische Bureau handelt es sich um ein paar Artilleriegeschütze, die friedlich ihren Dienst verrichten. Dieser Sachverhalt ist bereits durch den Leiter im dänischen Marine-Ministerium bekannt gemacht worden.

# Der erste Tag der Steuerschlacht.

## Deutscher Reichstag.

161. Sitzung vom 28. April, 1 Uhr.  
Am Tische des Bundesrats: Roederer,  
Waltz, Schiffers, v. Bayer.

### Kleine Anfragen.

**Abg. Leube (Fortfchr. Sp.):** Die Bildung von Spandliten und Kriegsgesellschaften durch staatliche Organe geht weiter vor sich. Was wird geschehen, um den Bestrebungen der Kriegsgesellschaften, sich nach lange Zeit nach dem Kriege zum Schaden des freien Verkehrs zu betätigen, entgegenzutreten?  
Ein Regierungsvertreter erklärt, über Bestrebungen der Kriegsgesellschaften, ihre Tätigkeit über den Krieg hinaus auszudehnen, sei nichts bekannt.

### Der Fall Mannesmann.

**Abg. Noke (Soz.):** Den Zeitungen ist folgende Beurteilung zugegangen: „Alle Vermögensgegenstände über eine bei den Mannesmann-Waffen- und Munitionswerken, Beständen, und in Verbindung damit bei anderen Firmen, namentlich bei der Maschinenfabrik Erfurt, eingeleitete Unternehmung wegen Steuerhinterziehung und Verletzung von Betriebsangehörigen sind verboten.“ Ist der Reichskanzler in der Lage, Mitteilungen über die vorgekommenen Umstände zu machen, und ist er gewillt, jedem Verfassungsverstoß über die vorgekommenen Unregelmäßigkeiten entgegenzuwirken?  
Oberst Reich: Gegen die Stellung der Mannesmann-Waffen- und Munitionswerke Beständen war eine Untersuchung wegen Steuerhinterziehung eingeleitet worden und dabei der Verdacht entstanden, daß Bestellungen von Betriebsangehörigen vorgekommen seien. Dieser Verdacht hat sich nur insoweit bekräftigt, als ein bereits entlassener Betriebsangehöriger sich hat betätigen lassen. Nähere Angaben können nicht gemacht werden, da das Verfahren noch schwebt. Von einem Verleumdungsversuch kann keine Rede sein. Das Verbot wurde erlassen, um zu verhindern, daß etwaige Täter genannt würden. Nachdem es seinen Zweck erfüllt hat, wurde es, noch bevor die Sache im Reichstag zur Sprache kam, aufgehoben.

**Abg. Weinhäuser (Fortfchr. Sp.):** In weiten Kreisen der jüngsten Kriegsteilnehmer herrscht Beunruhigung über angeblich vorbereitete Demobilisierungsläufe der Heeresverwaltung. Nach ihnen würden alle Kriegsteilnehmer, die während des Krieges freiwillig eingetreten sind oder eingestuft wurden, bevor sie das 20. Lebensjahr vollendet hatten, nach der Demobilisierung zurückgehalten werden, um noch ihre ganze aktive Dienstzeit nachzubüßen.  
Ein Regierungsvertreter erklärt: Die Beunruhigung ist nicht berechtigt. Die Leute haben lediglich ihre gesetzliche Dienstpflicht zu erfüllen und müssen nach den gesetzlichen Bestimmungen entlassen werden.

**Abg. Weinhäuser (H. Sp.):** Das Stellvertretende Generalkommando des 2. Armee-Korps hat am 10. September 1916 eine Bekanntmachung über Beschränkungen des Familienlebens erlassen. Was gebietet der Reichskanzler zu tun, derartige Auswüchse der militärischen Zensur beim Stellvertretenden Generalkommando in Stettin in Zukunft ummöglich zu machen?  
General v. Driesberg: Die Angelegenheit unterliegt zurzeit näherer Prüfung.  
Dann beginnt die

### erste Lesung der Steuervorlagen.

Auf der Tagesordnung stehen die drei Steuer-gesetze, und zwar die Biersteuer, die Weinksteuer, die Änderung des Schaumweinsteuergesetzes, die Steuer auf Mineralwässer, das Brauwassermonopol, die Umsatzsteuer, der Zuschlag zu den Post- und Telegraphengebühren, die Änderung des Reichskampfgeldes und des Wechselpfandgesetzes, die Kriegsteuer der Gesellschaften und das Gesetz gegen die Steuerflucht.

Vizepräsident Dr. Baasche stellt fest, daß zunächst eine Aussprache über die Besitz-, Umsatz- und Verkehrssteuern stattfinden soll. Daran wird sich die Aussprache über die Einkommensteuern schließen.

### Reichsfinanzminister Graf Roederer:

Mein erstes Wort ist ein Dank für den Erfolg der 8. Kriegssitzung. Der Dank gilt Ihnen, die Sie so wider mitgeholfen haben, er gilt der unermüdbaren Tätigkeit der Presse, der Reichsbank, den anderen Banken, den Sparkassen und Genossenschaften, den Heeresangehörigen, der Geistlichkeit, den Schulen und ihren Lehrern und allen Beamten und nicht-beamten Helfern im Lande. Von den mehr als 1 1/2 Milliarden sind bereits annähernd 12 Milliarden her eingezahlt worden. (Hört, hört! und lebhafter Beifall.) Wir haben jetzt ein Gesamtresultat von 87 Milliarden in Kriegsanleihen erreicht und sind damit unseren Gegnern voranz. (Beifall.) Unsere bisherige Steuerpolitik bestand im wesentlichen darin, daß wir das Mehr an Einnahmen für die Kriegskosten durch neue Steuererhebungen deckten. Hiermit hat sich der Reichstag mehrfach einverstanden erklärt. Aber im Laufe haben sich auch gewisse Schwierigkeiten ergeben. Diesen kritischen die immer auf England verweisen, kann ruhig entgegengetreten werden.

Das England hat in der Steuerpolitik

überhaupt der Kriegsgewinnsteuer hat es auch nicht weiter tun können, als seine vorhandenen Steuerquellen besser auszunutzen. Deutschland hat die letzte Steuer, über die die Einzelstaaten und Gemeinden frei verfügen können. An das Vermögen ist das Reich beim Mehrbeitrag und bei der Kriegsgewinnsteuer schon herangekommen, nur die Einkommensteuer ist noch zu ver-

einzelstaaten bleiben. Die Notwendigkeit einer gesunden Mischung von direkten und indirekten Steuern kann als Axiom betrachtet werden. Selbst radikale Politiker können wohl nicht mehr glauben, mit hohen direkten Steuern allein alles erreichen zu können. Jedoch die Steuern, die wir schließlich dem Reich überlassen werden, wollen wir jetzt gleich gründlich erledigen, um auf diesen Weg nicht zurück zu kommen.

Das gleich wieder der Ausbesserung durch Steuererhöhung bedarf. Deshalb sollen die Einkommensteuern neu geregelt werden mit einem Mehrertrag von 1200, mit einem Gesamtertrag von 1800 Millionen Mark, ebenso die Umsatzsteuer mit einem Gesamtertrag von 1 Milliarde. Da kann man doch wohl nicht von Rückwerk reden, sondern von einer abschließenden Regelung dieser Steuergebiete. Man zeige doch einmal einen kriegsfähigen oder neutralen Staat, der eine organischere Reform des Steuerwesens während des Krieges vorgenommen hat, als es mit dem hier vorgelegten Komplex geschieht; dann will ich das Schlagwort vom finanziellen Rückwerk anerkennen. Der Reichstag muß diesen Steuerkomplex natürlich gründlich beraten, ich bitte aber doch, ihn möglichst rasch zu verabschieden. Hierauf ging der Redner kurz auf die einzelnen Steuervorlagen ein.

### Abg. Mayer-Kaufmann (Zentrum):

Es handelt sich um die größte Steuererhöhung, die uns je vorliegt worden ist. Die gesamten im Krieg beschlossenen Steuern mit diesen neuen Steuern bedeuten eine einmalige Belastung mit 6 Milliarden und eine dauernde Belastung mit 4 1/2 Milliarden. Zusammen mit den Anleihen bedeuten diese Steuern ein unergänzlich wahrzeichen unvorstelllicher Kraft und unserer Siegeswillens. Um so mehr ist aber größte Sparsamkeit bei allem Ressort am Platze. Es fragt sich, ob es gut ist, der künftigen großen Steuerreform durch Anhäufung von einzelnen Steuern, die kein einheitliches Ganzes bilden, vorzugreifen. Wichtig ist vor allem ein richtiges Verhältnis der neuerlichen Belastung von Besitz und Lohn u. m. Der Besitz allein kann natürlich die einzelnen Lasten nicht tragen. Über das vorgelegte Steuerbouquet enthält nur wenige

### Bemerkungen zur Heranziehung des Besitzes,

der Rest sind reine Konsumsteuern. Wir werden in der Kommission uns bemühen, eine vorübergehende Belastung des Besitzes in die Steuern hineinzuverarbeiten. Die verschiedenen Möglichkeiten ist zu erörtern, halte ich für unangehörig. Wir sind bereit, die Wünsche der vier sieben Parteien in dieser Richtung zu prüfen zur Herbeiführung einer möglichst geschlossenen Haltung des Reichstags. Wir werden auch die Frage zu prüfen haben, ob nicht die angelegentlichste Erbschaftsteuer schon jetzt in die Vorlagen heranzuziehen ist, und ebenso die Kriegsgewinnsteuer. Diese beabsichtigt bringen der Regierung. In ihrer jetzigen Form hat sie zu ungeheuerlichen Vermögensverletzungen geführt. — In die Zugeständnisse werden noch andere Zugeständnisse einzubringen sein. Den Erbschaftsteuer der Postgebühren können wir zu. Ihr ganzer Betrag ist schon jetzt aufgebraucht durch die Erhöhung der Betriebskosten der Post, durch die Zuerstzulagen u. m. Die Kriegsteuern der Gesellschaften können nur einen verschwindenden Teil dessen hereinbringen, was die Behörden zu viel ausgegeben haben. Sie müssen besser ausgebaut werden. Namens meiner Freunde stelle ich den Antrag, die Steuern dem ersten Ausschuss zu überweisen.

### Abg. Keil (Sozialdemokrat):

Die neuen Steuern bilden für uns keine Überraschung. Wir wollen nicht die Jinsen der Kriegsgeldern mit neuen Steuern zahlen, sondern hätten es für richtig gehalten, wenn auch wir, wie England, einen wesentlichen Teil der Kriegskosten durch laufende Einnahmen gedeckt hätten. In England werden die Kriegsteuern in diesem Jahre auf 34 Milliarden Mark gebracht. Es wäre wünschenswert, daß das Reichsfinanzamt eine Uebersicht der englischen Finanzpolitik während des Krieges anfertige und dem Ausschuss zugänglich mache. Der Besitz wird in England in einer Weise belastet, die

### in Deutschland Steuern und Zehnerklappen

bedauerlich wäre. Dr. Helfferich hat uns vor zwei Jahren versichert, daß Reichtum der Willkür für den Krieg würden unsere Gegner mittragen. Aber er hat auch gleichzeitig auf neue Steuern im großen Umfang hingewiesen. Angenommen die großen Entlohnungen unserer Soldaten vorüber zu wollen, wir brauchen später keine neuen Steuern, weil wir entsprechende Kriegsentlohnungen erhalten werden, wäre ganz unverantwortlich. Selbst der allerböseste Schwabische „Merker“ gibt zu, daß selbst ein völlig gerichtsbarer Gegner eine erhebliche Kriegsentlohnung gar nicht leisten könnte. Wir brauchen

### Wohlfahrte und Nahrungsmittel

nach dem Kriege und diese könnten England und Amerika um so weniger geben, je mehr sie Kriegsentlohnungen zahlen wollten. Sie würde auch die Weltkoalition gegen uns vertreiben und uns dadurch eine Abstufung auferlegen, die eine Kriegsentlohnung mehrfach aufwiegen würde. Das deutsche Volk hat andere Interessen und Ideale und will den Krieg eher höchst zweifelhaftem Kriegsentlohnung wegen auch nicht einen Augenblick weiterführen, wenn ein solcher Bestand und seine Zukunftsmitteln sichergestellt werden kann. (Sehr richtig! bei den Soz.) Jeder Monat, der das Volk den Krieg um des Willens einer zweifelhaften Kriegsentlohnung willigen jenseitig macht,

### 1000 und selbst 1 Milliarde.

Niemand darf unsere Truppen draußen zumuten, daß sie um schnöden Mammons willen den Kampf fortsetzen. (Sehr gut! bei den Soz.) — Nun ist recht. Wer hat denn das? Das tut der

(Sehr wahr!) Das kann man vielleicht draußen im Schlachtgetümmel sagen, aber nicht von der Tribüne des Herrenhauses! (Sehr gut! bei den Soz.) Was die Vorlage selbst anlangt, hat sie unsere Erwartungen, wie sie der Staatssekretär in seiner Einleitung erweckt hatte, sehr enttäuscht. Einen ersten Schritt zur Gesamtsteuerreform können wir in diesen Steuern nicht erblicken. Nach den heutigen Erklärungen des Staatssekretärs handelt es sich auch diesmal nur um eine neue Provisorienreform. Hat der Staatssekretär schon überhaupt einen großen Zukunftsplan? Diesmal sind die Steuern wieder ohne einheitlich schöpferische Idee

### aus allen Ecken und Winkeln zusammengeknüpft.

Diese Zusammenstellung ohne leitende Idee ist ein Flickwerk, das nichts Überzeugendes und Nützlichkeithaftes hat. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Psychologie der breiten Massen, der Einfluß auf die Wählerstimmen ist nicht berücksichtigt. Es wird hier wieder das Gerücht, was durch soziale und bevölkerungspolitische Maßnahmen erreicht worden ist. Von den drei Milliarden werden etwa 2 1/2 Milliarden fortlaufende und wiederkehrende Steuern sein, die den Verbrauch der breiten Massen belasten; nur eine einzige Steuer, die auf den Kriegsgewinn der Gesellschaften, ist eine direkte und diese wird nur einmal erhoben.

### Wie ist die Einbringung solcher Steuern zu erklären?

Nur daraus, daß im Bundesrat nicht Männer entscheiden, die im fährenden Leben stehen, sondern veränderte Bürokraten. Mit Jansen und Klauen halten die bundesstaatlichen Finanzminister an dem Dogma fest, daß die direkten Steuern Domäne der Bundesstaaten seien. Sie fürchten, man will ihnen die direkten Steuern ganz entziehen. Wir denken gar nicht daran, ihnen ihre Einnahmen zu beschneiden und sie sollen ihre Kulturaufgaben lösen. Wenn aber nach dem Krieg die Steuerbedürfnisse ungeheuer steigen und Dreiviertel der Siebenachtel dieser Steigerung auf Bedürfnisse des Reichs entfallen, so können nur politische Betreffenden dem Reich den Zugang zur ergebnisreichen und gerechten Steuerquelle verschließen wollen. Durch das Festhalten an dem Grundsatz, die direkten Steuern gehören den Einzelstaaten, ist die ganze Steuerpolitik

### von Anfang an verpfuscht.

und eine großzügige Steuererhebung verhindert worden. Ein Brechen mit dieser verkehrten Doktrin ist notwendig, sonst kommt das Reich aus der Krise nicht heraus. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Staatssekretär brüht sich zu willig dem Diktat der einzelstaatlichen Finanzbureaucraten. In dieser Zeit, in der alle Bürgerrechte suspendiert sind, in der Millionen ihr Leben hingeben, damit das deutsche Reich besteht, in der jeder seinen Spargroschen hingibt für das Reich, bestehen die bundesstaatlichen Finanzminister wie Schylos auf ihrem Schein, daß dem Reich nichts von den direkten Einkommensteuern zukommt. Ist der Staatssekretär in diesem Kampfe unterlegen, vielleicht, weil er nur ein Scheingefecht führte, so muß der Reichstag ihm zu Hilfe kommen. In dieser Richtung darf der Reichstag

### die Steuern keinesfalls annehmen,

sonst nicht der schwerste Schaden im Gefühlleben und Rechtsempfinden des Volkes entstehen. Die bössartigste und roheste Steuer ist die Umsatzsteuer, die eine Massenverbrauchssteuer großen Stils bedeutet. Sie bedeutet für viele nicht nur eine Belastung, sondern auch eine Beschäftigung. Nicht ausgenommen davon sind die, die schon die Kohlensteuer zu tragen haben. Dabei ist die Kohle für die Industrie und die Bevölkerung so notwendig, wie das tägliche Brot, darum sollte man es bei ihrer einmaligen Bekämpfung belassen. Auch die Zugeständnisse kann uns die Umsatzsteuer nicht schmachtlich machen. Ihr Gedanke ist gewiß diskutabel, aber es muß eine sorgfältige Abmessung der Gegenstände erfolgen, die als Zugeständnisse gelten, und es muß auf die Ertragsfähigkeit der betreffenden Industrie Rücksicht genommen werden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die beste Zugeständnisse ist die nach oben ausgebaute Einkommensteuer. Auf keinen Fall können sich die Besitzenden durch eine Zugeständnisse von der Pflicht loskaufen, durch eine steigende Einkommensteuer dem Reich zu geben, was das Reich ist. (Sehr wahr! bei den Soz.) Bis aufs Allgäu hat das Reichsfinanzamt abgemogelt, was an Umsatzsteuer die Volkswirtschaft ertragen kann, nämlich 5 pro Kaufsumme. Wie sie zu dieser Zahl kommt, sagt die Begründung nicht. Bei volkswirtschaftlichen Interessen scheint die Regierung stets nur an Kapitalinteressen zu denken. Ueber die Wirkung der Steuern auf die Lebenshaltung, die Arbeitszeit, den Kulturstand der Massen sagt die Regierung nichts. Wehe uns, wenn in der Kapitalbildung und Anhäufung allein die Triebkraft des wirtschaftlichen Fortschritts erblickt wird. Das Merkmal des wirtschaftlichen Lebens bleibt

### die Arbeitskraft und die Menschkraft.

(Sehr richtig! bei den Soz.) Lassen wir diese verkommen, so nicht nur alle Kapitalbildung nicht. Nun ist gerade die beste Menschkraft durch den Krieg außerordentlich geschwächt und wir brauchen nach dem Kriege soziale Hebung der Massen. Diese wird verhandelt im höchsten Maße durch die Umsatzsteuer, die gerade die Kampfen im Verhältnis zu ihrem Einkommen am stärksten belastet. Das gleiche gilt auch von der Verbrauchssteuer, die nach der vor zwei Jahren bewilligten Abgabe eine Ueberschuldung bildet. Etwa anders zu beurteilen ist die Körperssteuer. Sie bildet eine einseitige Belastung des mobilen Kapitals und läßt das immobile frei, das im Krieg sehr gute Geschäfte gemacht hat und auch bei den neuen Steuern sehr gut wegkommt. Deshalb muß nach einer Belastung auch des immobilien Kapitals gesucht werden. Uebrigens ist die Körperssteuer abzulehnen; sie ist

vergrößert werden. Insbesondere können die

### die Hunderttausende aus Ausschüttungsloosen schöpfen,

— oft sind 50 solcher Lose in einer Person vereinigt — sehr wohl höhere Löhne bringen, als die Vorlage vorsieht. (Sehr wahr! bei den Soz.) Auch wäre jetzt wohl Zeit, eine allgemeine Dividendensteuer einzuführen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die himmelstreichende Ausfaltung des allgemeinen Volkvermögens durch große Industrienternehmen fordert geradezu dazu heraus. Sind doch Dividenden von 50 Prozent keine Seltenheit mehr. An diesen Einnahmen, die auf der Straße liegen, geht der Staatssekretär so, wie ein Spanier vorbei. Eine solche Veranlagung des Besitzes ist unerhört. Der Einwand der Doppelbesteuerung ist hinsichtlich in einer Zeit, wo von einem Verdienst des einzelnen Aktionärs an dem Prosperieren des Betriebes keine Rede mehr sein kann. Eine fünfzig gestaffelte Dividendensteuer könnte ganz andere Erträge bringen, als die armselige fleckige gestaffelte Dimonadensteuer. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Kriegsgewinnsteuer der Gesellschaften können wir zu, verlangen aber, wie der Redner, einen Ausbau und eine Umänderung der jetzigen

### Kriegsgewinnsteuer.

Jetzt wird all das, was verschwendet wird, von der Steuer nicht erfasst. Vor allem muß die Steuer überall gleichmäßig schärf erfasst werden. In Preußen ist die Veranlagung durch die Grundsteuer noch viel zu lax, während sie in Süddeutschland sehr schärf ist. Wichtig ist daher eine einheitliche Reichskontrolle über die Veranlagung. Uebrigens wäre die Schaffung einheitlicher Grundlagen von Reichs wegen für alle direkten Steuern geboten. (Sehr wahr! bei den Soz.)

### Wie steht es mit der Erbschaftsteuer?

Der Staatssekretär hat verkündet, sie würde später nicht zu umgehen sein, jetzt kommt es darauf an, bestehende Steuern abzumildern. Angehörig der Erfahrungen mit der Poststeuer trauere ich dem nicht recht. Aber ist nicht auch die bestehende Erbschaftsteuer nicht nur sehr dürftig erschlossen und erweiterungsfähig? (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Ausbau der Erbschaftsteuer hätte der erste Vorschlag sein müssen. Heute gewinnen wir aus ihr nur 60 Millionen, während wir im England eine Milliarde daraus ziehen könnten. Neben der Erbschaftsteuer läme die

### Erhebung des Mehrbeitrages

in Betracht. Die Gründe, die seinerzeit im Preußen für seine Einführung sprachen, gelten heute mit verzehnfachter Wucht. Damals brachte er eine Milliarde, heute muß er erheblich mehr bringen. Wenn der Reichstag ihn ernstlich will, werden die einzelstaatlichen Finanzminister ihn nicht wie vor zwei Jahren abwürgen können. Der gegenwärtige Finanzminister machte vor etwa zwei Jahren die Zustimmung seiner Kräfte zu den neuen indirekten Steuern von einer dem Vermögen des Einzelnen angepassten Besitzsteuer abhängig. Heute wird ein erhebliches Mehr an indirekten Steuern geordert, also muß auch die Besitzsteuer viel höher sein. Aber die Besitzsteuer darf nicht ein Erbschaft sein für eine harte Abgabe aus der Vermögenssubstanz. Diese wird nach dem Kriege notwendig sein, weil unsere Wirtschaft einen erheblichen Teil der Lasten mit einem Male abschütteln muß, um sich zu erholen.

Durchaus zu billigen ist auch der Grundgedanke des Gesetzes gegen die Steuerflucht, und es ist richtig, daß

### der Steuerpflichtige mit den Zahlenmäßigen

auf eine Stufe gestellt wird. Diesen Musterpatrioten muß jede Möglichkeit entzogen werden, sich der Steuerpflicht zu entziehen. Aber wir müssen die Vorlage doch daraufhin prüfen, daß der ehrliche Mensch, der sich im Ausland betätigen will, nicht in seiner Freizügigkeit gehemmt wird. Aber jetzt handelt es sich darum, die nötigen Summen von 1918 zu beschaffen, so daß schwere soziale Schäden vermieden, dem Gerechtigkeitssinn des Volkes Rechnung getragen und keine unnötige Belastungsbomben gemacht wird. Einmal wird ja dieser lange Reichstag sein Ende erleben und dann werden wir alle Rechenschaft ablegen müssen für die inhaltsschweren Entscheidungen, die wir in den langen und schweren Jahren getroffen haben. An diesem Tage werden ungeheure Zukunftsaufgaben vor uns stehen und es wäre ein Unglück, wenn die kräftigen Kräfte sich dann in raddelnden Anleihen und Bismarckener erschöpfen. Dem beugen wir vor, wenn wir uns der großen sozialen Verpflichtung bewusst sind, die die Zeit an uns stellt. Dann werden wir im Wahlkampf alle unsere Kräfte einsetzen können, um die Schäden zu heilen, die der Krieg uns geschlagen hat. (Leb. Beifall bei den Soz.)

### Abg. Graf v. Poladovsky (D. Frak.):

In der kurzen Zeit, die uns seit Eingang der Vorlagen zur Verfügung stand, war eine gründliche Kenntnisnahme dieser umfangreichen komplizierten Vorlagen ganz ausgeschlossen. Das ist ein Bild dafür, welcher Geschick der Parlamentarismus entgegengeht, immer mehr zu verfallen. Für noch Berufsparlamentarismus, die in Berlin leben, können die Aufgaben wirklich nicht so schwer wie die tatsächlichen Selbstverwaltung kein Rede mehr sein. Das Brandversicherungs-Gesetz ist sehr verurteilt. Aber ich gebe zu, daß man bei dieser ungeheuerlichen Belastung des Reiches früher vertreiben hat. Es ist unerhört, daß man jetzt in der Zeit der Not, die uns umgibt, sich nicht um die Verhältnisse kümmert, die uns umgeben. Das ist eine Verleumdung der Nation. Die Verhältnisse sind so, wie sie sind, und wir müssen sie so annehmen. Das ist die einzige Möglichkeit, die wir haben, um die Schäden zu heilen, die der Krieg uns geschlagen hat. (Leb. Beifall bei den Soz.)





Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 24. April.

Herbstmesse in Breslau.

Der große Anstich der Breslauer Messegesellschaft hielt am Dienstag in der Handelskammer eine Sitzung ab.

Städtische Möbelaufbewahrung.

Eine der sehnlichsten Kriegsmassnahmen, die die Stadt Breslau getroffen hat, ist die unentgeltliche Aufbewahrung des Hausraats.

finden werden: An Miete für die Räume 7000 Mark, für die Feuerversicherung 4200 Mark, für die Beförderung des Hausraats 1600 Mark, für die Bewachung durch die Wach- und Schließgesellschaft 650 Mark und für die Kosten der Beaufschlagung der Einstellung und Herausgabe 1200 Mark.

Schleifische Nationalliberale fürs gleiche Wahlrecht.

Die Wahlkreisorganisation der national-liberalen Partei für Breslau Stadt und Land hat zum Freitag in Berlin am nächsten Sonntag sieben Delegierte gewählt, die sämtlich erklärten, daß sie mit aller Eile für die abschließende Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen eintreten.

Wegfall von Zulagen bei der Marine.

Der Reichstagsabg. Stöckel schreibt in Nr. 13 seiner Militärkorrespondenz vom 22. April 1918:

Eine Zionistenversammlung.

war am Dienstag abend in der Hermannsloge einberufen worden. Der Vorsitz hatte man dem Sekretär des Gesamtvereins der national-jüdischen Jugend Deutschlands Herrn Karl Glaser aus Berlin gewonnen.

Versicherungskamt der Stadt Breslau.

Im Monat März sind bei dem Amt 470 Rentenansprüche eingegangen und außerdem 79 Anträge auf Gewährung der Erntergabe.

Schließlich ein Antrag auf ruhende Waisrente; 32 Ruzage auf Wittwengeld, 13 auf Wittwenrente, 27 auf Altersrente und 44 auf Anwartschaftsbescheide.

Es wurden wiederum vier Sitzungen unter Beteiligung der Versicherungsvertreter abgehalten, in denen in mündlicher Verhandlung 143 Sachen erledigt wurden.

Beschädigungen der städtischen Gartenanlagen durch Hunde.

Es ist neuerdings wieder vielfach vorgekommen, daß Hunde in den städtischen Garten- und Parkanlagen, besonders im Südpark, frei umherlaufen und nicht nur die Anlagen beschädigen, sondern auch Spaziergänger durch Anbellen und Bissversuche belästigen.

Unersaubter Handel mit Lebensmitteln.

Im Mai vorigen Jahres wurden von der Kriminalpolizei eine große Menge Lebensmittel beschlagnahmt, die von dem Kaufmann Max Smolin und dem wohnenden Verhoid Auerbach in Oberhofen zusammengekauft worden waren.

Beladigung eines Kaplans.

Am Dienstag fand die 24-jährige Näherin Frieda Weigelt aus Ullersdorf bei Glatz vor dem hiesigen Schöffengericht, um sich wegen verleumdender Beladigung zu verantworten.

Lichtbildervortrag für unsere Heimat.

Zur Hinblick auf das große Interesse, das der Vortrag über Breslau und seine Umgebung in Berlin gefunden hat, veranstaltet der Fremdenverkehrsverein Breslau zur Werbung für die Heimat den Lichtbildervortrag 'Neue Bilder aus Breslau und Umgebung', der die Wälder, Seen, Städte, Burgen, Schlachtfelder usw. in der Gegend zwischen Breslau und Liegnitz behandelt.

Der Konzertdirektor.

Am Montag stand der 27-jährige Barbier Kurt Heinert vor der zweiten Strafkammer, um sich wegen Betrugs und schwerer Urkundenfälschung zu verantworten.

Den Leitern der militärischen Polizeikellen Breslau, Ratibow und Dypeln werden für den Bereich des festvertrittenen Generalkommandos VI. Armeekorps die Rechte eines Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft beigelegt.

Das Eiserne Kreuz 2. Klasse haben erhalten Gefreiter Schiller und dessen Sohn, Gefreiter Friedrich Hermann, Melzer Artur Fabian, Kanonier Gustav Weigelt.

Rechnungen. Ein Keller, der im Warsaer IV. Klasse des Hauptbahnhofs einem Arbeitsburschen einen Saal mit Klödem und Betteln gestohlen hatte, konnte dieser Tage ermittelt und festgenommen werden.

Aus aller Welt.

Gefangenentransporte eine Gefahr für die Bevölkerung. Am Mittwoch abend sind in Magdeburg zwei Kinder durch die Schüsse eines Militärgefangenentransports ums Leben gekommen.

Die Frau Aktor als Brotkranddiebin. Eine Frau Aktor aus Brandenburg aus Neuhöllm war früher in der Brotkrandmission beschäftigt gewesen und hat eine nicht unbedeutende Menge von Brot- und sonstigen Nahrungsmittelfaktoren entwendet.

Stratzenhunde und Katzen. Vor einigen Tagen wurde auf eine ganz gerissene Art ein Hundekind auf die Wechsellampe nach Hause gebracht, die in einer der belebtesten Straßen von Warschau liegt.

Infolge des Knalls, den die Blaupatrone verursacht hatte, hatten sich um den sehengebliebenen Wagen der Straßenbahn zahlreiche Menschen angeammelt, und in dieser Menge entluden die Täter unerkannt.

Der Oberlehrer als Champagnerdieb. Der Oberlehrer Bernhard Lotti an der städtischen Oberrealschule zu Leipzig hatte sich vor der dortigen zweiten Strafkammer wegen Einbruchdiebstahls zu verantworten.

Der prägende Oberritt. Wir berichteten vor einiger Zeit über die Verurteilung eines medienburgischen Rittergutsbesizers v. Derpen-Mogge wegen Körperverletzung und Freiheitsberaubung zu einem Monat Gefängnis.

Schmerzen und hochgradiger Nervosität und müsse unter dem Einfluß seiner Krankheit gehandelt haben. Ein medizinaler Sachverständiger bezogte dem Angeklagten auch, daß er stark nervenschwach sei, aber nicht in dem Maße, daß der Strafsanktionsgrund des § 51 St.-G.-B. in Wirklichkeit treten könne.

Kampf mit türkischen Soldaten und Einbrechern in Berlin. In einem Kampf zwischen türkischen Soldaten und Einbrechern kam es in dem Hause Augsburger Straße 45.

Leeres Wasser. Einem Schankwirt in Berlin wurden kürzlich drei Fässer Spiritus angeboten. Da die Proben gut ausfielen, zahlte der Wirt anstandslos die verlangte Anzahlung von vierzigtausend Mark.

Verurteilung eines Straßenbahnwagens. In Göttingen bei Neichenberg i. B. sprang bei der Fahrt ein Straßenbahnwagen.

aus den Schienen, prallte an ein Haus an und wurde vollständig zertrümmert. Von den Insassen wurde eine Person getötet, zwei lebensgefährlich und acht leichter verletzt.

Eine Mutter und drei Kinder durch Gas vergiftet. Eine Familientragödie, der vier Menschenleben zum Opfer gefallen sind, hat sich im Norden Berlins ereignet.

Eine Mutter und drei Kinder durch Gas vergiftet. Eine Familientragödie, der vier Menschenleben zum Opfer gefallen sind, hat sich im Norden Berlins ereignet.

Der Schaden der Augen kommt häufig von nicht geputzten Augenläsen. Optiker Garal, Albrechtstraße 3.

